

**Der Regierungsrat des Kantons Zürich
an den Kantonsrat**

KR-Nr. 359/1993

Zürich, den 2. Februar 1994

Volksinitiative «Gegen Meinungsüberwachung»

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 6. Dezember 1993 überwies das Büro des Kantonsrates dem Regierungsrat die Unterschriftenbögen der am 3. Dezember 1993 eingereichten Volksinitiative «Gegen Meinungsüberwachung» zur Berichterstattung über das Zustandekommen und die Gültigkeit des Initiativbegehrens. Der Wortlaut der Volksinitiative liegt diesem Schreiben bei.

Nach dem Bericht des Statistischen Amtes weisen die Unterschriftenbögen insgesamt rund 16400 Unterschriften auf. Davon wurden 11 857 den Gemeinden zur Prüfung geschickt. 11195 Unterschriften wurden von den zuständigen Gemeindestellen als gültig beglaubigt.

Auf eine Überprüfung aller Unterschriften wurde in Anwendung von §16 des Gesetzes über das Vorschlagsrecht des Volkes verzichtet. Die gesetzliche Frist für das Sammeln der Unterschriften wurde eingehalten (4. Juni bis 3. Dezember 1993)

Die Initiative ist somit formell zustande gekommen.

Eine erste vorläufige Prüfung durch den Regierungsrat hinsichtlich der materiellen Gültigkeit des Initiativbegehrens ergab keine Hinweise auf rechtliche Mängel.

Wir beantragen Ihnen deshalb, die Initiative als zustande gekommen zu erklären und sie uns zur Berichterstattung und Antragstellung zu überweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen des Regierungsrates
Die Vizepräsidentin:
Lang

Der Staatsschreiber:
Roggwiller